

riums für Kultus und Unterricht, wo er vor allem für das Hochschulwesen verantwortlich war. 1917 übertrug ihm Kaiser Karl das Amt des Kultusministers, das er allerdings nur bis Juli 1918 bekleidete. 1919 kehrte er nach Polen zurück und lehrte dann kurze Zeit an der Universität Wilna. Ćwikliński vertrat zwar immer die Interessen des österreichischen Polentums, verlor dabei aber nicht die gesamtstaatlichen Aspekte aus den Augen.

Czesław Majorek befaßt sich mit dem polnischen Schulreformer Stanisław Żarański und seinem Studium der Pädagogik in Wien 1849–1855. Seine dort gewonnenen Erfahrungen in der Philosophie, Pädagogik und Methodik des Elementarunterrichts waren ihm später in seiner Funktion als außerordentliches Mitglied der Krakauer wissenschaftlichen Gesellschaft nützlich. Er entwickelte viele Methoden, um den polnischen Elementarunterricht weiter zu fördern und auf westeuropäischen Standard zu bringen. Seine Grundsätze spielten eine wichtige Rolle bei der Repolonisierung des Schulwesens in Galizien.

Polen im auswärtigen Dienst der Habsburgermonarchie stellt Lorenz Mikoletzky vor. Interessant ist der Hinweis, daß Polen fast in jedem Kabinett seit 1873 bis zum Ende der Monarchie einen Ministerposten bekleidet haben. Am stärksten war das Polen-tum im Kabinett Badeni – mit insgesamt vier Ministern – repräsentiert. Damit wurde dem größten Kronland der österreichischen Reichshälfte – dem Königreich Galizien und Lodomerien – Rechnung getragen. Viele polnische Minister, z. B. die Grafen Agenor Gołuchowski und Adam Tarnowski, gehörten einflußreichen Magnatenfamilien an.

Die Wiener Jahre im künstlerischen Schaffen von Wojciech Kossak beleuchtet Kazimierz Olszański. Wojciech Kossak gehörte einer bedeutenden polnischen Künstlerdynastie an, die vom Schlachtenmaler Juliusz Kossak (1824–1899) begründet worden war. Auch Wojciech Kossak verherrlichte in seinen Gemälden häufig Ereignisse aus der polnischen Geschichte, zum Beispiel die Schlacht bei Racławice aus der Zeit des Kościuszko-Aufstands.

Der Beitrag von Marija Wakounig über polnische Mediziner an der Wiener Universität zwischen 1870 und 1914 schließt den Sammelband ab, der unsere Kenntnisse über das kulturelle und politische Wirken der Polen im alten Österreich erweitert.

Berlin

Stefan Hartmann

Jürgen Pagel: Polen und die Sowjetunion 1938–1939. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Krisen der europäischen Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 34.) Franz Steiner Verlag. Stuttgart 1992. 339 S., DM 88,—.

In seiner von K. G. Hausmann betreuten diplomatiegeschichtlichen Kieler Dissertation beschäftigte sich Jürgen Pagel mit den bislang nur ansatzweise dargestellten polnisch-sowjetischen Beziehungen in dem entscheidenden Zeitraum vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Gestützt auf die penibel ausgewerteten Akten des polnischen Außenministeriums und der im Polish Institute and Sikorski Museum in London lagernden Bestände, unter Heranziehung der im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn vorhandenen deutschen Berichte sowie der in westlichen, sowjetischen und tschechoslowakischen Dokumentensammlungen enthaltenen Materialien hat er sich trotz des Verzichts auf die entsprechenden Unterlagen aus russischen Archiven eine beeindruckend aussagekräftige Interpretationsbasis geschaffen. Wichtige Pressorgane wurden ebenso durchgesehen wie die vielschichtige Memoirenliteratur und das breite Spektrum des wissenschaftlichen Schrifttums. Daraus ist ein vor allem die Motive und Aktionen der polnischen Außenpolitik erschöpfend offenlegender Beitrag zur zeitgeschichtlichen Forschung entstanden, der sowohl inhaltlich-argumentativ als auch methodisch zu überzeugen vermag.

Nach einem konzisen Abriß der bis zum Jahr 1932 gespannten bilateralen Kontakte zwischen dem wiedererstandenen polnischen Staat und der jungen Sowjetmacht setzt P. mit der Darstellung der Reaktion der UdSSR auf die polnisch-litauische Krise vom März 1938 ein, die – fast zeitgleich zum Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich – Litauen nach einem Ultimatum zum Verzicht auf das Wilnagebiet und zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zur Republik Polen veranlaßte. Dank der zwar nicht immer adäquat und elegant übersetzten, aber gehaltvollen und umfangreichen Zitate aus unveröffentlichten Akten wird bereits bei dieser Aktion, während der es nach einem provozierten Grenzzwischenfall auch zu kurzfristigen Spannungen zwischen den Regierungen in Warschau und Moskau kam, deutlich, daß nicht zuletzt Außenminister Józef Beck bestrebt war, im Rahmen seiner Konzeption von einem „Dritten – d.h. einem von der Ostsee bis zur Adria reichenden und von Polen dominierten – Europa“ Großmachtpolitik zu betreiben, obgleich Polen dafür weder wirtschaftlich noch militärisch die notwendigen Voraussetzungen besaß.

Hatte schon die mit einem beträchtlichen Prestigeverlust für die UdSSR beigelegte polnisch-litauische Krise die eingeschränkte Handlungsfreiheit der sowjetischen Außenpolitik aufgezeigt, so gehörten nach der durch das Münchener Abkommen beendeten „Sudetenkrise“ beide Länder zu den Verlierern. Angesichts der militärischen Schwäche und des Widerwillens der Westmächte, die Sowjetunion als gleichberechtigten Partner bei der friedlichen Bereinigung des deutsch-tschechoslowakischen Konflikts zu beteiligen, mußte sich die russische Diplomatie eingedenk der beschränkten Einsatzmöglichkeiten der Roten Armee in Prag mit verbalen Demonstrationen ihrer Vertragstreue begnügen. Die Argumente P.s gegen die in der kommunistischen Ära beschworene, aber nicht überzeugend belegte Bereitschaft des Kreml, seinen Unterstützungsverpflichtungen der ČSR gegenüber tatsächlich nachzukommen, sind schlüssig. Beck, von dem bescheidenen russischen Aufmarsch entlang der gemeinsamen Grenze wenig beeindruckt, fand sich zu seiner großen Enttäuschung nicht nach München eingeladen. Auf seine Initiative ging das polnische Ultimatum vom 30. September 1938 zurück, in dem „kriegerische Schritte“ für den Fall angedroht wurden, daß das Teschener Schlesien nicht sogleich von der gedemütigten ČSR abgetreten werde.

Als Hitler im Oktober 1938 deutlich machte, daß mit dem Gewinn des Sudetenlandes die deutsche Expansionspolitik in Richtung Osten nicht beendet sei, suchte Beck Rückendeckung in Moskau. Die Gewährung der Autonomie für die Karpaten-Ukraine innerhalb der föderalisierten Č-SR bot einen Ansatzpunkt, weil sie die polnischen Hoffnungen auf eine gemeinsame Grenze mit Ungarn enttäuschte und zugleich die Gefahr der Intensivierung einer ukrainischen Nationalbewegung in der UdSSR heraufbeschwor. Da allerdings eine von Moskau gewünschte Einigung über die Aufteilung des Baltikums in Interessensphären nicht zustande kam, zeigte Stalin nur noch geringes Interesse an einem polnisch-russischen Zusammengehen. In Kenntnis der deutschen Pläne in Richtung Rest-Č-SR und Polen setzte der Kreml als Alternative durchaus auf eine mögliche Zusammenarbeit mit Hitler. Zwar gab es nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren und der Verschärfung der deutschen Polen-Politik noch halbherzige, von P. präzise geschilderte Kontaktaufnahmen, aber weder die Regierungen der Westmächte noch Warschau waren selbst im Interesse der Friedensbewahrung bereit, die von Stalin geforderten baltischen Staaten zu opfern. Da Hitler keine Skrupel kannte, für einen Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR auch noch halb Polen und das rumänische Bessarabien den sowjetischen Sicherheitsbedürfnissen zu überlassen, war das Schicksal Polens mit dem 23. August 1939 besiegelt. In zwei kürzeren Kapiteln werden abschließend noch der Verlauf der Kampfhandlungen und die Teilung Polens im September 1939 dargestellt.

P., der souverän mit dem ihm zur Verfügung stehenden Material umgeht und für den

Druck der Arbeit die bis 1990 erschienene Literatur berücksichtigt, sieht in Außenminister Beck den Hauptverantwortlichen für diese Katastrophe: Ihm habe wegen ideologischer Scheuklappen jedes Vertrauen in die Politik der UdSSR, in ihre Ziele und Absichten gefehlt; in der Illusion lebend, das Sowjetimperium werde in seine nationalen Bestandteile auseinanderbrechen, sei Moskau kein wirklicher Partner, allenfalls ein Objekt polnischer Politik gewesen. Dem polnischen Botschafter in Moskau, Grzybowski, wirft er vor, aus persönlicher Befangenheit die Fähigkeit zur rationalen Analyse der sowjetischen Politik verloren und dadurch die Möglichkeiten einer polnisch-sowjetischen Zusammenarbeit auf politischem Gebiet verkannt zu haben. Doch nicht nur in polnischen Regierungskreisen, auch im Militär und in den Medien ist es zu gravierenden Fehlbeurteilungen der sowjetischen und der deutschen Zielsetzungen gekommen. Während in P.s Studie die unterschiedlichen Standpunkte der führenden Mitarbeiter des Warschauer Außenministeriums wenigstens ansatzweise zutage treten, bleibt darin wegen der Mitte der 1980er Jahre nicht möglichen Akteneinsicht der Prozeß der Meinungsbildung im Kreml und unter den sowjetischen Diplomaten weitgehend ausgeklammert, woraus sich ein – durchaus entschuldigbarer – „Polonozentrismus“ des Buches ergibt. Es ist zu erwarten, daß die Auswertung der ehemals sowjetischen Archivalien zu einigen Korrekturen in den Einzelaussagen und Bewertungen P.s führen wird, die Grundlagen seiner ausgewogenen, den bisherigen Kenntnisstand wesentlich erweiternenden Darstellung dürfte sie allerdings nicht erschüttern.

Saarbrücken

Jörg K. Hoensch

Lemberg – Lwów – Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen. Hrsg. von Peter Fäßler, Thomas Held und Dirk Sawitzki. Böhlau Verlag. Köln, Weimar, Wien 1993. 207 S., zahlr. Abb. i. T. DM 29,80.

Der hier angezeigte Sammelband will die multikulturelle Bedeutung der galizischen Stadt Lemberg den deutschen Lesern bekanntmachen. Gerade aus ihrer ostmitteleuropäischen Randlage konnte die Stadt materiellen und ideellen Reichtum schöpfen. In ihrer heutigen Zugehörigkeit zur Ukraine kann Lemberg an seine Gründung durch den reußischen Fürsten Danylo Romanowyč um das Jahr 1250 anknüpfen. Kaum eine andere europäische Stadt verfügt über eine vergleichbare Namensvielfalt. Neben dem lateinischen Leopolis finden sich das deutsche Lemberg, das polnische Lwów, das russische Lvov und das ukrainische Lviv. Bemerkenswert ist in der Geschichte der Stadt die multinationale Bevölkerungsstruktur von Polen, Ruthenen, Deutschen, Juden und Armeniern, die sich auch im Nebeneinander verschiedener Glaubensgemeinschaften widerspiegelt. Sowohl die Römisch-katholische als auch die Unierte und die Armenische Kirche hatten in Lemberg einen Bischofssitz. Gerade in der seit der Union von Brest (1596) bestehenden Unierten oder Griechisch-Katholischen Kirche mit der Beibehaltung des orthodoxen Ritus und der Anerkennung des Papstes in Rom dokumentiert sich die Lage der Stadt im Schnittpunkt der Kulturen. Die längste Zeit seiner Geschichte gehörte Lemberg zum polnisch-litauischen Vielvölkerstaat. Von 1772–1918 unterstand es der Herrschaft der in Wien regierenden Habsburger und konnte aus deren liberalem und tolerantem Regiment Nutzen ziehen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Stadt erneut polnisch. Der sich verschärfende nationale Gegensatz von Polen und Ruthenen, der von militärischen Auseinandersetzungen begleitet war, stellte aber eine schwere Hypothek für die Zukunft dar. Die entscheidendste Zäsur bedeutete für Lemberg der Zweite Weltkrieg, der zunächst die sowjetische und dann die deutsche Gewalt Herrschaft brachte. Der Vernichtung des Lemberger Judentums durch die nationalsozialistischen Gewalthaber folgte 1945 die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung durch die stalinistischen Behörden. Unter der sowjetischen Herrschaft und heute unter